

1 Positions- und Debattenpapier des Landesvorstands DIE LINKE.NRW zum  
2 Landesparteitag am 23./24.06.2018 in Kamen

3

## 4 **Für eine linke Alternative in Nordrhein-Westfalen**

5

6

7

### 8 **I. Zu den zentralen Rahmenbedingungen in NRW**

9

10 Mit der neuen Regierungskoalition von CDU/FDP haben sich die politischen Koordinaten in NRW  
11 weiter nach rechts verschoben. Beibehaltung einer rückwärtsgewandten Energiepolitik im Interesse  
12 der Energiekonzerne RWE und E.ON, Ausbau des „Sicherheitsstaates“ durch ein neues Polizeigesetz  
13 oder verstärkte Deregulierung des Arbeitsmarktes sind nur einige zentrale Eckpfeiler, mit denen wir  
14 verstärkt konfrontiert sind.

15

16 Während DIE LINKE den Einzug in den Düsseldorfer Landtag knapp verpasst hat, konnte mit der  
17 AFD erstmalig eine explizit national-chauvinistische und rassistische Partei ins Landesparlament  
18 einziehen. Obwohl CDU/SPD/FDP und Grüne immer wieder betonen, dass es mit der AFD keine  
19 Gemeinsamkeiten geben darf, werden inzwischen zahlreiche Anträge der etablierten Parteien von  
20 der AFD mitgetragen und sogar Ausschussvorsitzende der AFD parteienübergreifend gewählt. Auf  
21 diese Weise tragen alle bürgerlichen Parteien auch die Verantwortung dafür, dass die AFD in der  
22 Öffentlichkeit immer mehr als eine normale parlamentarische Kraft wahrgenommen wird.

23

24 Darüber hinaus bestimmen Schuldenbremse und schwarze Null auch weiterhin in NRW den  
25 Landeshaushalt und sorgen für weiteren Sozialabbau und Vernachlässigung dringend notwendiger  
26 Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen. Die Folgen davon sind u.a. verstärkter  
27 Unterrichtsausfall an den öffentlichen Schulen, Schließung von öffentlichen Einrichtungen und  
28 weitere Zurückstellung von erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen.

29

30 Die von dieser verschärften neoliberalen Politik beabsichtigten Folgen sind in NRW überall sichtbar.  
31 So z.B. im Bereich der Wohnungspolitik die zunehmende Privatisierung ehemals öffentlicher  
32 Wohnungsbestände und der dramatische Rückgang des Sozialen Wohnungsbaus oder z.B. im  
33 Öffentlichen Dienst, in dem mit dem sog. „Stärkungspaktgesetz Stadtfinanzen“ seit 2012 ein  
34 dramatischer Stellenabbau mit einem Einsparvolumen von ca. 1,7 Mrd. € erfolgte.

35

36 Insbesondere in NRW wird die Kluft zwischen Arm und Reich ständig größer und dadurch die Armut  
37 im öffentlichen Bereich sichtbarer. Ca. 225.000 Wohnungslose vegetieren im wahrsten Sinne des  
38 Wortes auf der Straße, ca. 400.000 Menschen sind von den „Tafeln“ abhängig und ca. 1,6 Mio.  
39 Menschen sind gezwungen, von Hartz IV zu leben, da kapitalistisch dominierte Besitz- und  
40 Machtverhältnisse ca. einem Drittel der erwerbsfähigen Menschen keine Perspektive mehr auf dem  
41 Arbeitsmarkt bieten.

42

43 Gegen diese „konservative Revolution“ hat sich jedoch seit längerem auch breiterer Widerstand  
44 entwickelt:

45

46 – Die Klimabewegung mobilisiert seit vielen Jahren in verstärktem Maße gegen den  
47 Braunkohlentagebau im Hambacher Forst. Es gab auch in diesem Jahr von der LINKEN.NRW

48 mitgetragene Proteste anlässlich der Jahreshauptversammlung von RWE in Essen. Auf  
49 kommunaler Ebene sei das Duisburger Beispiel erwähnt, bei dem ein Bündnis von  
50 zahlreichen Initiativen sich gegen den fortschreitenden Kahlschlag von alten  
51 Baumbeständen zur Wehr setzt.

52

53 – Die Proteste gegen die unsoziale Wohnungspolitik nehmen beständig zu. Nicht nur in Berlin  
54 sind dafür kürzlich 25.000 Menschen auf die Straße gegangen, sondern auch in NRW wird in  
55 zahlreichen Städten die Politik der Wohnungskonzerne an den Pranger gestellt, wie auf der  
56 Konferenz „Boden – Recht – Wohnen“ Anfang des Jahres und kürzlich bei der VONOVIA-  
57 Hauptversammlung in Bochum.

58

59 – Auch gegen den zunehmenden Ausbau des staatlichen Repressionsapparats formiert sich  
60 erfreulicherweise stärkerer Widerstand. Anlässlich des notstandsartigen Polizeieinsatz beim  
61 G20-Gipfel in Hamburg hat ein breites Bündnis in NRW bereits in 2017 zu einer sehr gut  
62 besuchten Konferenz aufgerufen und aufgrund des in NRW geplanten neuen Polizeigesetzes,  
63 das Freiheitsrechte verstärkt zur Disposition stellt, formiert sich zunehmender Widerstand.  
64 Für den 7. Juli soll eine Demonstration in Düsseldorf ein weiterer Höhepunkt der Proteste  
65 werden.

66

67 – Gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau in Großbetrieben wie General Electric, Siemens,  
68 ThyssenKrupp Steel und Goodrich Control Systems flammen immer wieder betriebliche  
69 Kämpfe auf. Allerdings wäre es notwendig sie zusammen zu führen.

70

71 – In einigen Uni-Kliniken gab es Streiks für einen Tarifvertrag Entlastung und mehr Personal in  
72 Krankenhäusern. Nach dem Vorbild an der Berliner Charité wird eine verbindliche tarifliche  
73 Personalbemessung gefordert. Die Beschäftigten sind in ihren Kämpfen sehr kreativ und  
74 binden Patientinnen und Patienten und die Bevölkerung ein.

75

76 – Am Internationalen Frauentag 2018 waren mehr als in den vergangenen Jahren auf der  
77 Straße – gegen Sexismus und Rassismus und für ein gutes Leben für alle.

78

79 Diese wenigen Beispiele sind Ausdruck dafür, dass immer mehr (insbesondere auch junge)  
80 Menschen immer weniger bereit sind, sich mit der herrschenden Politik zu arrangieren.

81

82 Andererseits sollten wir aber auch in Rechnung stellen, dass gegen die von den Großkonzernen in  
83 NRW bereits durchgeführten und angekündigten weiteren Massenentlassungen sich bisher zu wenig  
84 Widerstand entwickelt. Es gibt Kräfte die versuchen, diese Konzernstrategie einmal mehr (wie z.B.  
85 bei Opel Bochum) durch sozialpartnerschaftliche „Lösungen“ abfedern zu können, ohne dass der  
86 Kahlschlagpolitik des Großkapitals an Rhein und Ruhr damit entscheidend „in die Speichen“  
87 gegriffen wird. Der von ThyssenKrupp seit langer Zeit geplante Zusammenschluss mit dem  
88 indischen Stahlriesen Tata und die Verlagerung des Konzernsitzes nach Holland wird den Verlust  
89 von tausenden von Arbeitsplätzen in NRW zur Folge haben, der Siemens-Konzern hat angekündigt,  
90 mehrere tausend Arbeitsplätze zur Disposition zu stellen, um im Sinne seiner Kapitallogik  
91 wettbewerbsfähiger zu werden, wovon zahlreiche Standorte in NRW betroffen wären. Die Kampagne  
92 „Entlastung“, die von zahlreichen engagierten ver.di-Kolleg\*innen seit mehreren Monaten in NRW  
93 an einigen wenigen Uni-Kliniken durchgeführt wurde, um für mehr Personal in den Krankenhäusern  
94 zu werben, braucht dringend Unterstützung.

95

96

97

## II. Perspektiven und Handlungsanforderungen:

98

99 Wir stehen deshalb als Landesverband DIE LINKE. NRW vor zentralen Herausforderungen:

100

101 Wie gelingt es uns grundsätzlich, das Gewicht und den Stellenwert der Partei in der Öffentlichkeit  
102 stärker zu verbreitern und insbesondere welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser  
103 Fragestellung?

104

105 1.

## 106 **Pflege- und Wohnungskampagne**

107 Der Landesverband beteiligt sich an der bundesweiten Kampagne „Menschen vor Profite:  
108 Pflegenotstand stoppen!“ Bereits in der Vergangenheit haben wir mit „Bettenaktionen“ auf den  
109 Pflegenotstand hingewiesen. Die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen  
110 arbeiten schon lange am Limit. Viele reduzieren ihre Arbeitszeit oder wechseln den Beruf, weil die  
111 Arbeitssituation unerträglich ist. Andere haben sich für einen Tarifvertrag „Entlastung“ engagiert.  
112 Auch in NRW gab es Streiks für mehr Personal an einigen Kliniken. Für den 20. Juni mobilisiert  
113 ver.di zu einer großen Demonstration nach Düsseldorf gegen Gesundheitsminister Spahn und die  
114 Gesundheitsminister\* innen-Konferenz. DIE LINKE ruft im Rahmen der Kampagne zur Beteiligung  
115 auf: Für mehr Personal in Krankenhäusern und Pflege!

116 Krankenhäuser in NRW bekommen bundesweit die geringsten Landesmittel für dringend  
117 notwendige Investitionen. Bei den Fördermitteln pro Bett ist NRW Schlusslicht in der Republik.  
118 Krankenhäuser finanzieren Investitionen auf Kosten des Personals. Die Beschäftigten fordern schon  
119 lange „Baustellen nicht mit Personalstellen finanzieren“. Sie wollen tarifliche und gesetzliche  
120 Personalbemessung. Die Einführung von Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen geht nicht  
121 nur auf Kosten des Personals sondern führt zu fatalen Auswirkungen in der Gesundheitsversorgung  
122 und der Pflege. Über-, Unter- und Fehlversorgung sind an der Tagesordnung.

123 Der Landesvorstand ruft die Kreisverbände auf, sich an der Kampagne für mehr Personal in der  
124 Pflege zu beteiligen und plant im Rahmen der Kampagne eine landesweite Konferenz für mehr  
125 Personal und eine bessere Gesundheitsversorgung am 22. September und einen  
126 Kampagnenworkshop am folgenden Tag. Wir wollen das Thema einer breiteren Öffentlichkeit ins  
127 Bewusstsein bringen und weitere Aktivitäten gemeinsam mit den Beschäftigten und den  
128 Betroffenen organisieren.

129

130 Wir werden an der Seite von Mieterinnen und Mietern und vielen Initiativen und dem Netzwerk  
131 Mieten und Wohnen für das Recht auf bezahlbare Wohnungen kämpfen. Das Recht auf Wohnen  
132 gehört untrennbar zur sozialen Frage und ist ein Grundrecht. Überall in den Ballungsräumen und  
133 Unistädten steigen auch in NRW die Mieten enorm an. Immer mehr Großvermieter wie die  
134 ehemalige LEG oder VENOVIA modernisieren Siedlungen und erhöhen danach die Mieten. Zugleich  
135 zeigt das Beispiel Hannibal 2 in Dortmund, der wegen Brandschutzmängeln für unbewohnbar erklärt  
136 wurde, wohin Spekulation mit Wohnraum und ausbleibende Instandhaltung führen können. In den  
137 Mieterinitiativen wird deshalb auch über Bodenfrage diskutiert. Boden ist nicht vermehrbar und  
138 unverzichtbar für die Menschen wie Wasser und Luft. DIE LINKE wird sich nicht nur im Rahmen der  
139 Kampagne für niedrige Mieten, einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus und das Zurückholen  
140 von der Wohnungsbaugesellschaften in öffentliche Hand engagieren.

141

## 142 **2. Weitere Themenfelder**

143

144 Der Landesvorstand sollte aufgrund dieses zentralen Kampagnen-Schwerpunkte mit den  
145 Kreisverbänden und LAG's darüber diskutieren, auf welchen weiteren Themenfeldern wir uns  
146 engagieren wollen, aber dabei gleichzeitig berücksichtigen, dass es zweifellos etwas anderes ist, ob  
147 wir in Brennpunkten des Ruhrgebiets Politik machen oder ob wir in Flächenkreisen Ost-Westfalens

148 oder Rhein-Sieg aktiv sind. Als mögliche Themenfelder, die insbesondere von den verschiedenen  
149 LAG's und LAK's vorrangig und regelmäßig diskutiert und in Politik umgesetzt werden, bieten sich  
150 an:

151

152 a)

153 Die seit längerer Zeit verstärkt geführte **Debatte zur „Überwindung“ des Hartz IV-Systems.**  
154 Zahlreiche Agenda 2010-Repräsentant\*innen versuchen über die Medien den Eindruck zu  
155 vermitteln, sie wollten eine Alternative zu Hartz IV, obwohl sich ihre „Interventionen“ beim näheren  
156 Hinschauen als „alter Wein in neuen Schläuchen“ entpuppen. In diesem Bereich, der zentral für  
157 wachsende Armut und prekäre Beschäftigung verantwortlich ist, haben wir erhöhten Diskussions-  
158 und insbesondere auch Handlungsbedarf.

159

160 b)

161 Die **Migrations- und Flüchtlingspolitik** wird ebenfalls für uns einen zentralen Stellenwert haben,  
162 weil sie von rechts nicht zuletzt durch die „Große Koalition“ zum zentralen „Kampffeld“ erklärt  
163 worden ist. Wir sollten uns dabei besser mit dem Flüchtlingsrat NRW vernetzen und gemeinsam mit  
164 vielen Helferinnen und Helfern gegen Abschiebungen und für bessere Aufenthalts- und  
165 Lebensbedingungen für Geflüchtete einsetzen. Wir treten ein für gleiche Rechte für alle hier  
166 lebenden Menschen und geeignete Konzepte für eine solidarische und menschenwürdige Stadt, für  
167 eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung für alle, bessere Bildung für Flüchtlinge sowie  
168 Investitionen in Bildung und Wohnen für alle hier lebenden Menschen. Die NRW-Landesregierung  
169 will mehr Geflüchtete in Abschiebehaft nach Büren stecken und die Haftbedingungen verschärfen.  
170 Der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft e. V.“ engagiert sich schon seit Jahren für die  
171 Schließung der Haftanstalt und aktuell für bessere Haftbedingungen.

172

173

174 c)

175 Auch in der **„Frauenpolitik“** brauchen wir so etwas wie eine „Feministische Offensive“, um  
176 entschieden mehr Frauen für unsere Politik zu gewinnen. Es herrscht nach wie vor eine Kluft  
177 zwischen richtigen programmatischen Positionen und einer deutlich wahrnehmbaren feministischen  
178 Orientierung vor Ort. Wie muss unsere Partei sein, damit mehr Frauen die Möglichkeit sehen und  
179 Lust dazu haben, sich einzubringen? Die Vorbereitung auf den Jahrestag des Frauenstreiktages am  
180 8. März 2019 bietet gute Möglichkeiten für vielfältige Aktivitäten. Die LAG LISA (Linke sozialistische  
181 Arbeitsgemeinschaft Frauen) bietet eine autonome Frauenstruktur, in der Frauen ihre Politikansätze  
182 diskutieren und entwickeln können.

183

184 d)

185 Der für jede Landespolitik zentrale Bereich **„Bildungspolitik“** ist seit den Landtagswahlen wichtiger  
186 denn je. Die Koalition aus CDU/FDP setzt auf Elitenförderung in den Gymnasien – die Selektion  
187 nimmt weiter zu. Für Kinder aus den unteren Einkommensschichten oder aus "sozialen  
188 Brennpunkten" ist es fast unmöglich geworden, einen guten Abschluss zu machen.  
189 Lehrer\*innenmangel, Schulen, bei denen der Putz von der Decke bröckelt, fehlende  
190 Sozialarbeiter\*innen und mangelnde Förderung treffen vor allem diese Schüler\*innen. DIE LINKE  
191 kämpft weiterhin und konsequent für kostenfreie Bildung sowie eine Schule für alle. Wir  
192 unterstützen die Forderung der GEW NRW die versprochene Aufstockung öffentlicher Investitionen  
193 schnell anzugehen und das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zu lockern, damit  
194 Qualität von Bildung nicht von Bundesland zu Bundesland variiert. In Zukunft wollen wir verstärkt  
195 mit Bündispartner\*innen wie der Landesschüler\*innenvertretung, der GEW und der  
196 Landeselternschaft in Austausch treten, um gemeinsam für ein besseres Bildungssystem zu  
197 kämpfen, in dem jedes Kind genau die Förderung erhält, die es benötigt und gute Bildung endlich

198 nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

199

200 f)

201 Zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Politik gehört seit langem die „**Umweltpolitik**“, in der sich  
202 nicht nur viele Kreisverbände engagieren, sondern auch der Landesverband Akzente setzen konnte,  
203 sei es bei den Aktionen gegen den Braunkohletagebau im Hambacher Forst, sei es bei  
204 Protestaktionen gegen RWE oder aber gegen die Urananreicherungs-Anlagen in Gronau oder Jülich.  
205 Im Großraum Aachen kämpfen wir gemeinsam mit vielen gegen zwei der weltweit gefährlichsten  
206 Atomkraftwerke Tihange und Doel sehr nah an den Grenzen NRWs.

207

208 g)

209 „**Krieg beginnt hier in NRW**“ zeigt sich nach wie vor bei allen zentralen Aufrüstungsprogrammen  
210 und Kriegsszenarien. Rheinmetall in Düsseldorf oder Thyssen-Krupp in Essen verdienen ihr Geld mit  
211 der Produktion von Waffen. Der Export von Waffen aus NRW hat sich in den vergangenen Jahren  
212 mehr als vervierfacht. In letzter Zeit sind insbesondere die Rheinmetall-Exporte von Panzern nach  
213 Saudi Arabien und in die Türkei in die Kritik geraten. Die Türkei ist mit Leopard-Panzern und  
214 Munition von Rheinmetall in den Kanton Afrin in Syrien einmarschiert. Militärstandorte in Kalkar  
215 und Uedem machen den Niederrhein zum Ausgangspunkt für Bundeswehr- und NATO-  
216 Kriegsführung. DIE LINKE. NRW wird sich weiter an Protesten gegen Rheinmetall aber auch gegen  
217 den Stützpunkt Kalkar und die Aufrüstung der Bundeswehr beteiligen.

218

219 3.

220 DIE LINKE steht aufgrund des bevorstehenden **Europa-Wahlkampfes** im Jahr 2019 vor einer  
221 weiteren großen Herausforderung. Nach der Sommerpause werden die Medien und die neoliberalen  
222 Parteien dieses Thema verstärkt in den Fokus stellen und die Partei wird sich insbesondere  
223 Gedanken darüber machen müssen, welchen Stellenwert wir dem Wahlkampf angesichts der  
224 zahlreichen anderen Aufgaben einräumen wollen. Wir werden auf dem Landesparteitag mit einem  
225 besonderen Themenblock dazu die Debatte eröffnen. Den Fahrplan für die Zeit nach der  
226 Sommerpause hat der Parteivorstand bereits in einem Beschluss vom 07.04.2018

227 (<https://www.die->

228 [linke.de/fileadmin/download/parteevorstand/20162018/beschluesse/047\\_Planungspapier\\_Euro-](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteevorstand/20162018/beschluesse/047_Planungspapier_Europawahlkampf.pdf)

229 [pawahlkampf.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteevorstand/20162018/beschluesse/047_Planungspapier_Europawahlkampf.pdf)) festgelegt. Danach wird die Wahlstrategie im Parteivorstand bereits im

230 September 2018 beschlossen und der Entwurf des Wahlprogramms wird im November auf

231 mehreren Regionalforen vorgestellt und diskutiert werden. Um als Landesverband in diese Debatte

232 einzugreifen, bietet es sich an, dass der neu gewählte Landesvorstand nach der Sommerpause dazu

233 ein Positionspapier erstellt, das in den Kreisverbänden in Vorbereitung der Regionalforen breit

234

235

236

237 4.

238 Da 2020 die nächsten **Kommunalwahlen** in NRW stattfinden werden, sollte sich der  
239 Landesverband nach den Europawahlen Mitte 2019 sowohl über eine Wahlstrategie, als auch über  
240 zentrale Positionen verständigen, die wir im Wahlkampf in der Vordergrund stellen wollen. Dies  
241 schließt selbstverständlich nicht aus, dass DIE LINKE in den verschiedenen Regionen NRW's vor  
242 unterschiedlichen Herausforderungen steht.

243

244 Es würde sich deshalb anbieten, frühzeitig eine Art „Kommunalpolitischen Ratschlag“ durchführen,  
245 um sich im Landesverband darüber zu verständigen und insbesondere allen Kreisverbänden damit  
246 die Gelegenheit bieten, sich in die Diskussion einzumischen und ihre Themen beizusteuern.

247

248 5.

249 **Parteiaufbau und Verankerung der Partei in der Öffentlichkeit**

250

251 DIE LINKE. NRW hat inzwischen über 8.000 Mitglieder. Viele Kreisverbände sind im letzten Jahr  
252 gerade nach den Landtags- und Bundestagswahlen stark gewachsen. Immer noch kommen neue  
253 Mitglieder zu uns, um mit uns gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft zu kämpfen und linke  
254 Politik zu machen. Für die Neumitglieder haben die Kreisverbände und auch der Landesvorstand  
255 Neumitgliederseminare angeboten, um ihnen Mitmachmöglichkeiten aufzuzeigen. Daran müssen wir  
256 weiter arbeiten. Wir brauchen attraktive Mitmach-Angebote, um alte und neue Mitglieder in die  
257 politische Arbeit einzubeziehen. Die LINKE zu einer attraktiven Mitmach-Partei zu entwickeln, in der  
258 sich viele mit ihren Wünschen, Interessen und Talenten einbringen können, ist nach wie vor die  
259 Aufgabe.

260

261 a) Die Wahlerfolge der AfD in einigen Ruhrgebietsmetropolen haben gezeigt, dass sich viele  
262 Menschen in Armutsregionen nicht von der Partei DIE LINKE angesprochen oder vertreten fühlen.  
263 Nicht nur deshalb muss sich DIE LINKE verstärkt mit Formen und Methoden linker Stadtteilarbeit  
264 beschäftigen. Wir müssen Formen der politischen Arbeit entwickeln, um in von Armut,  
265 Niedriglöhnen und Wohnungsnot besonders betroffenen Stadtteilen mehr Menschen von linken  
266 politischen Inhalten zu überzeugen und für gemeinsame politische Arbeit zu gewinnen. Wir  
267 organisieren Proteste und Widerstand in den Nachbarschaften und ebenso Nachbarschaftshilfe für  
268 ein solidarisches Zusammenleben.

269

270 b) Auch in den ländlichen Regionen sind neue Konzepte notwendig, um die Menschen mit linker  
271 Politik zu erreichen. Hier hat die Landwirtschaftspolitik der EU tiefe Spuren hinterlassen. Nur noch  
272 wenige Menschen können von der durchrationalisierten Landwirtschaft leben, die Wege zur Arbeit  
273 werden für viele immer aufwendiger und es gibt so gut wie keinen funktionierenden ÖPNV. Da sind  
274 viele Ansatzpunkte für eine linke Politik, die die bäuerliche Landwirtschaft stärkt, sich für einen  
275 Ausbau des Nahverkehrs und eine bessere Infrastruktur in ländlichen Regionen einsetzt und sich  
276 Armut und Niedriglöhnen entgegenstellt.

277

278 c) Last but not Least ist es für eine linke Partei überlebenswichtig, Bündnisse auf allen Ebenen  
279 aufzubauen und sich in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu verankern. Gerade die Pläne  
280 der Industriekonzerne durch Arbeitsplatzabbau und Verlagerung von Betriebsteilen ihre Profite  
281 stetig zu steigern machen betriebliche Kämpfe und gewerk-schaftliche Gegenwehr unerlässlich. Wir  
282 müssen die Forderungen nach Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung und für die  
283 Übernahme bzw. Vergesellschaftung von Konzernen in die Betriebe tragen. Eine dauerhafte  
284 Verankerung in den Betrieben möglichst in Form von Betriebsgruppen ist für die Organisation von  
285 Kämpfen und den Aufbau von gesellschaftlicher Gegenmacht unerlässlich. Wir sind eine  
286 Bewegungspartei und kämpfen für gesellschaftliche Veränderungen.

287

288 **Wir laden alle ein, mit uns Kämpfe für Umfairteilung von Arbeit und Reichtum, für eine**  
289 **soziale, ökologische, friedliche und demokratische Alternative zu führen!**

290